

gegenseitig vorführen nach dem Motto, der eine war vielleicht schon immer dafür und der andere nicht.

Am Ende gehört zu einem solchen Projekt auch die seriöse Finanzierung. So handhabe ich das eben. Das ist bei allen HU Bau bisher so der Fall gewesen. Auch das Verfahren hat nichts damit zu tun, dass das jetzt irgendwie eine Uni-Klinik ist. - Schönen Dank bis hierhin.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. Herr Gallert würde Sie gern etwas fragen.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Ja.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Es ist wirklich eine Frage.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Aber erst einmal hören.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ich habe mir das noch einmal angeguckt. In den Nachtragshaushalt 2012 wurden zunächst Barmittel in Höhe von 500 000 € für das Jahr 2012 eingestellt. Meine erste Frage: Sind diese Mittel verwendet worden oder nicht?

Meine zweite Frage: Im Nachtragshaushalt 2012 ist eine VE für das Jahr 2013 in Höhe von 3 Millionen € ausgebracht worden. Wenn ich mich richtig erinnere, war der Zeitraum zwischen dem Beschluss über den Nachtragshaushalt 2012 und der Haushaltsplanung 2013 nicht sehr groß. Das bedeutet, dass wir im Nachtragshaushalt 2012 zwar eine VE über 3 Millionen € haben, aber im Haushaltsplan 2013 keine Barmittel mehr geplant worden sind, obwohl es fast zeitgleich beschlossen worden ist.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Das liebe ich an deinen Fragen, Wulf. Sie geben schon eine Richtung vor.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ich verstehe das auch nicht!)

So kommt es, wenn nur politische Beweggründe bei den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen. Man erkaufte sich bestimmte Entscheidungen, ohne darauf zu achten, dass sie Konsequenzen haben,

etwa dass auch für das Haushaltsjahr 2013 Geld organisiert werden muss. Ich habe es schon mehrfach, auch im Hochschulbereich, erlebt, dass spät abends Entscheidungen getroffen wurden, die den Gesamthaushalt belasteten.

In diesem Fall ist es wirklich so, dass es die VE gab. Es ist nicht unwichtig und man sollte es nicht kleinreden. Der Fragesteller kennt sich bei diesen Themen auch aus; er saß lange genug im Finanzausschuss. Die Haushaltsunterlagen Bau sind keine Erfindung der jetzigen Wahlperiode. Ohne eine HU Bau kann man gar nicht planen. Das ist das Wichtigste im Zusammenhang mit einer VE.

Die VE ist übrigens auch ein Beweis dafür, dass das Vorhaben parlamentarisch und politisch gewollt ist. Aber es gab niemanden, der die Kraft hatte, die Barmittel in den Haushaltsplan 2013 und in den Haushaltsplanentwurf 2014 einzustellen. Das ist die Wahrheit. Das will ich nicht weiter kommentieren. Ich glaube auch, dass dies denjenigen, die damals im Finanzausschuss saßen, bereits klar war.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir treten nun in die vereinbarte Fünfminutendebatte ein. Das Zeitgeschenk des Ministers muss nicht in Anspruch genommen werden. Für die SPD spricht Frau Dr. Pähle. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein holländisches Sprichwort sagt: Wer Zahnschmerzen hat, dem vergeht das Lachen wohl. - In diesem Sinne sollten wir alle ein gesteigertes Interesse am Erhalt einer der besten zahnmedizinischen Ausbildungen bundesweit in unserem Bundesland haben. Wir sollten auch Interesse daran haben, dass die damit verbundene Notfallversorgung als einzige zwischen Berlin und Fulda aufrechterhalten wird.

Wie auch in den Bereichen der vorschulischen und schulischen Bildung gilt auch bei der zahnmedizinischen Ausbildung, dass gutes Lernen und Arbeiten gute räumliche Bedingungen braucht.

Am Standort der Zahnmedizin in Halle - dieser befindet sich aktuell in einem denkmalgeschützten Gebäude in der Großen Steinstraße - hat im Juli des vergangenen Jahres ein dramatischer Wasserschaden die vorhandenen Lehr- und Behandlungsräume schwer beschädigt. Die Fortsetzung der laufenden studentischen Ausbildung und die Abnahme des Staatsexamens konnten im Sommer 2012 nur durch den aktiven Einsatz vor Ort gewährleistet werden. Seitdem findet der Betrieb der Zahnmedizin an diesem Standort nur mit Ausnahmegenehmigungen statt, die jeweils zeitlich befristet sind.

Dass aber die zahnmedizinische Ausbildung am Standort Halle grundsätzlich nicht infrage gestellt wird, zeigt sich beispielsweise am Engagement des Ministers für Wissenschaft und Wirtschaft in der Initiative „Zahn um Zahn“, die in der Ärzte- und Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt sowie in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Sachsen-Anhalt ebenfalls gewichtige Befürworter hat.

Will man aber am Standort Halle die Zahnmedizin weiterhin auf dem bisherigen hohen qualitativen Standard fortführen, ist es an der Zeit, eine grundsätzliche Lösung für den Bau zu finden. Die bisherigen Lösungen zur Sanierung des Gebäudes in der Großen Steinstraße haben sich allerdings bei genauerer Planung als nicht realistisch erwiesen. Nunmehr plant die Medizinische Fakultät eine Verlagerung der Zahnmedizin auf den alten medizinischen Campus in der Magdeburger Straße. Dazu muss jedoch das Gebäude der ehemaligen Chirurgie instand gesetzt und räumlich angepasst werden.

Mit der Verlagerung an diesen Standort erfüllt die Medizinische Fakultät auch die vom Landtag immer wieder und unter der Maßgabe der momentanen Diskussionen noch stärker erhobene Forderung nach einer Konzentration der einzelnen Fachbereiche. Durch die Verlagerung der Zahnklinik werden die vorklinische und die klinisch-theoretische Medizin zusammengeführt. Auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Departement für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde wird gestärkt. Durch die gemeinsame Nutzung von Untersuchungs-, Behandlungs- und Seminarräumen werden die erforderlichen Flächen nach Angaben der Medizinischen Fakultät um ca. 1 300 m² reduziert.

All dies spricht dafür, das Projekt am neuen Standort zu verwirklichen und damit auch schnell zu beginnen. Ich denke, ich kann in diesem Zusammenhang auch sagen, dass niemand im Hohen Haus die zahnmedizinische Ausbildung in Halle grundsätzlich hinterfragt.

Dennoch muss auch dieses sinnvolle und notwendige Bauprojekt finanziert werden. Um diese Finanzierung müssen wir als Parlamentarier aber noch ringen. Der Einzelplan 20 ist für das kommende Jahr und auch für die Folgejahre hoch ausgelastet. Wollen wir als Parlament den Beschluss des Nachtragshaushaltes 2012/2013 aber umsetzen und bereits 2014 mit dem Bau beginnen und nicht, wie es momentan im Haushaltsplanentwurf 2014 vorgesehen ist, erst im Jahr 2016, dann müssen wir darüber streiten, ob der Einzelplan 20 aufgestockt werden kann oder ob andere Bauprojekte verändert werden können.

Die momentan veranschlagte Bausumme von ca. 9,7 Millionen € muss dabei aber auch kritisch durch den BLSA untersetzt werden.

(Zustimmung von Minister Herrn Bullerjahn)

Es muss geprüft werden, welche Dinge zwingend notwendig sind und welche Veränderungen Kosten einsparen können, ohne die Qualität und die Nutzung des Baus zu schmälern. Auch können wir das bürgerschaftliche Engagement in Halle nur begrüßen und darauf setzen, dass Mittel erworben werden, um den Bau finanziell zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde dafür, diese Anstrengungen gemeinsam zu unternehmen. Das Kabinett und das Parlament können sich durch eigene Beschlüsse zu diesem Bauvorhaben bekennen. Wir als Parlament sollten dies heute auch tun.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Änderungsantrag. Außerdem bitte ich alle Parlamentarier darum, in den Haushaltsberatungen die Worte des Finanzministers zu berücksichtigen: Das Geld muss irgendwo herkommen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Nun spricht Frau Professor Dr. Dalbert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist mal eine erhellende Debatte, die wir an dieser Stelle führen. Offensichtlich herrscht Einigkeit im Hohen Haus darüber, dass wir anerkennen, dass die Zahnmedizin in Halle eine der führenden zahnmedizinischen Fakultäten in Deutschland ist. Das wurde im Ergebnis von Lehrevaluationen, CHE-Rankings usw. unterstrichen und auch vom Wissenschaftsrat bestätigt.

Offensichtlich herrscht Einigkeit im Hohen Haus auch darüber, dass die augenblicklichen Arbeitsbedingungen in der Zahnmedizin auf Dauer nicht hinnehmbar sind und die Qualität von Forschung und Lehre beeinträchtigen. Man kann in sechs Containern nicht arbeiten und man kann einen akademischen Lehrbetrieb nicht auf Dauer im Schichtbetrieb aufrechterhalten - trotz aller Bemühungen, die Räumlichkeiten gut auszunutzen.

Ich finde, an einem Punkt haben wir ein Stückweit Klarheit erhalten. Es wurde immer gesagt, die Mittel für die Herrichtung des Alternativstandortes würden nicht freigegeben, weil es ein Moratorium für den Hochschulbau gebe. In diesem Bereich vernehme ich nun Bewegung. Auch der Finanzminister hat gesagt, man könne dies als Ausnahme vor die Klammer ziehen. Es ist zunächst einmal eine gute Nachricht für die Zahnmedizin, dass